



2024/07 Antifa

<https://shop.jungle.world/artikel/2024/07/deutsches-haus-07/2024>

Chronik rassistischer und antisemitischer Vorfälle

Deutsches Haus #07/2024

Am 4. Februar sei ein 23jähriger in der Havemannstraße in Berlin-Marzahn von einer Männergruppe zunächst schwulenfeindlich beleidigt und dann verprügelt worden, berichtete das Mannschaft Magazin. Am 5. Februar berichtete Queer.de, ein queerer Ehrenamtler aus Ahrensburg bekomme seit Wochen queerfeindliche Briefe und E-Mails. In den anonymen Schreiben werde er aufgefordert, seine ehrenamtlichen Tätigkeiten aufzugeben. »Ein Mann mit lackierten Fingernägeln soll sich nicht öffentlich äußern«, heiße es in einem. Der Ehrenamtler engagiert sich in der Stadtpolitik und in der Kirche. Am 5. Februar klebten Unbekannte laut NDR in der Griegstraße in Hamburg-Ottensen Plakate mit dem Logo der AfD an die Wohnungstür einer schwarzen Familie. Auf einem Poster war demnach zu lesen: »Das Pack erschießen oder zurück nach Afrika prügeln«. Außerdem sei fauliges Gemüse auf die Türmatte gelegt worden. Am 7. Februar habe ein unbekannter Mann in Strausberg eine 33jährige Frau aus Kamerun rassistisch beleidigt, so der Tagesspiegel. Die Frau habe mit ihrem Kind die Räume eines Vereins betreten, als der Unbekannte sie zu beschimpfen begonnen und sie nach draußen gestoßen habe. Die Betroffene habe eine andere Frau um Hilfe gebeten. Diese habe die Kamerunerin daraufhin jedoch auch rassistisch beschimpft. Am 8. Februar berichtete der Spiegel von rassistischen und rechtsextremen Gesängen bei einer Feier des Abschlussjahrgangs der zentralen Ausbildungsstätte für künftige Finanzbeamte und Rechtspfleger für die Finanzverwaltung Hessens in Rotenburg am 23. Januar. Manche der Feiernden hätten zu einem Popsong »Deutschland den Deutschen« und »Ausländer raus« gegrölt. Am 8. Februar störte der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung zufolge eine Gruppe teils verummter Personen einen Vortrag über Antisemitismus im Kontext des Israel-Gaza-Kriegs in der Gedenkhalle im Schloss Oberhausen. Die Störer behaupteten demnach unter anderem, dass der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober nicht stattgefunden habe. Am 10. Februar habe die Berliner Polizei das Mobiltelefon eines 26jährigen Polizeikommissaranwärters beschlagnahmt, teilte sie in einer Pressemitteilung mit. Der Beschuldigte habe zuvor einem Kommilitonen antisemitische Inhalte mit Bezug zum Holocaust auf seinem Instagram-Account gezeigt und sich entsprechend geäußert. *pb*